

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

Oktober/
November 1977

Evangelische Verantwortung

Heft 10—11/1977

Grundwertediskussion geht weiter

Lieber Leser!

Auf dem Grundsatzforum der CDU in Berlin ist mehr geschehen, als die Medien berichten konnten. Viele Stimmen haben in der Sektion I verlangt (Menschenbild, Grundwerte), daß die Ausführungen zum Menschenbild im Entwurf für ein Grundsatzprogramm der CDU die christlichen Aspekte deutlicher hervortreten lassen müßte. Nachdem nun auch Prof. Krings in einem wegen seiner begrifflichen Schärfe erfrischenden Referat die Möglichkeit eröffnet hat, in einem Grundsatzprogramm grundsätzlich sein zu dürfen, ohne sich dem Verdacht auszusetzen, durch theoretische Überlegungen nur Streit um Prinzipien auszulösen, der politisch fruchtlos bleibt, folgen nun grundsätzliche theologische Überlegungen zum biblisch-christlichen Menschenbild. In Berlin kamen solche, jedenfalls was die evangelischen Aussagen dazu betrifft, in jedem Fall zu kurz.

I.

Evangelische Theologie sieht den Menschen im Glauben von Gott her, also in Beziehung zwischen Gott und Mensch. Seit der Reformation wird hier die Gottesgabe der „Rechtfertigung des Sünders allein aus Glauben“ zum leitenden Gesichtspunkt (Rö. 3, 28). Dieser Glaube wird nicht als eine Haltung oder ein Zustand verstanden, sondern als ein Geschehen, in dem der Mensch die Rechtfertigung als eine freie Gabe der Gnade Gottes empfängt. Diese Rechtfertigung, die durch Jesus Christus erfolgt, hat nicht allein den Sinn, den Menschen selig zu machen, sondern Gott befähigt den gerechtfertigten Menschen, seinen Willen zu tun, also zu Liebe und Nächstenliebe. Dann ist Nächstenliebe ein Werk Gottes, nicht des Menschen, zumal Gott durch Jesus Christus und nicht durch „mein Tun“ versöhnt ist. Von diesem Ansatz her ergeben sich für das Menschenbild eine Reihe von Aussagen, die von anderen Wissenschaften nicht erbracht werden können.

Wer die Rechtfertigung aus Glauben im Blick hat, kann vom Sündensein des Menschen reden, ohne sich dem Vorwurf des Pessimismus oder der Resig-

nation auszusetzen. Der im Glauben „gerechtfertigte Sündler“ hat den Blick frei für die Macht der Sünde, die ja den Menschen nicht nur „irren und schuldig werden läßt“, sondern ihm Gott bestreitet und ihn damit in einen Lebensraum ohne Gott verführt. Er sieht in Chaos und Not, Leid und Elend die Folgen der Sünde, die nicht zur Aufgabe zwingen, aber ihn auch nicht Zuflucht zu Ideologien nehmen lassen, die die Wahrheit und das Paradies schon von der Geschichte erwarten. Die Macht der Sünde ebnet den Unterschied zwischen Gott und Mensch ein, macht aus dem Willen des Menschen göttlichen Willen und damit den Menschen zu Gott (Ihr werdet sein wie Gott!).

Nun erkennt der so „gerechtfertigte Glaube“ aber auch, daß er schon auf Erden nicht in der Sünde bleiben und sterben muß. Durch Jesus Christus wird ihm Vergebung angesagt, die den Menschen gerecht und heilig spricht. Die Glaubenserfahrung von Sündensein und Vergebung ereignet sich auf Erden in der Kirche als der Gemeinschaft derer, die aus der Vergebung der Sünde in Jesus Christus leben. Aus diesem Prinzip der „Vergebung der Sünden“ hat die Kirche ihre Gemeinschaft zu gestalten, die dann Verheißung der Gnade Gottes für sich hat und keine Analogie in der Welt. Was die Kirche in diesem Sinne als Gemeinschaft zusammenhält, ist religionssoziologisch oder religionspsychologisch nicht zu beschreiben. Auch erweist sich der Satz: „Christentum ja, Kirche nein“ als völlig untragbar (gegen Scheuch). Da die „Vergebung der Sünden“ aus Liebe und Gnade gewährt wird, ist es nun auch möglich, aus Liebe und Gnade zu leben und zu handeln.

Diese Spannung zwischen Sünde und Vergebung gibt auch den Blick frei für die Freiheit des Menschen vor Gott und der Welt. Für die Gottesbeziehung gilt, daß der Platz, den Gott im Leben des Adam, des Menschen, einnahm, nicht leer geblieben ist. Alles Denken, Fühlen und Wollen ist von dem besetzt, der Gott widersteht. Der Wille will selber die Sünde. „Der freie Wille nach dem Sündenfall ist ein Ding, das bloß aus einem Namen besteht, und wenn er das

tut, was an ihm ist, begeht er Todsünde“ (Luther). Der freie Wille ist also ein Prädikat Gottes, nicht des Menschen.

Aus dieser totalen Bindung an Gott erwächst die Freiheit des Christenmenschen gegenüber der Welt. Es ist eine Freiheit, die das Gewissen betrifft, nicht aber als „Kraft des Handelns“, also der Werke, sondern als „Kraft des Urteilens“, nämlich zwischen Christi Werken und den eigenen Werken zu unterscheiden und zu urteilen. Die „natürliche Religion“ des Menschen besteht darin, daß er sich auf seine Werke stützt. Das Werk Christi befreit das Gewissen des Menschen von seinen Werken und gewährt ihm Gewissensfreiheit.

Da diese Freiheit keine menschliche Möglichkeit ist, wird sie zum göttlichen Gebot erhoben; denn solche Freiheit ist göttlichen Rechtes. Mit ihr werden alle Gebote und Satzungen, die Menschen aufgerichtet haben, entrechtet und für das Heil nicht mehr als verbindlich erklärt. Menschliche Ordnungen werden nach dem Nutzen beurteilt, den sie für eine Gemeinschaft haben. Unter der Voraussetzung dieser Freiheit kann der Mensch als ein „freier Herr“ mit den Ordnungen der Welt umgehen.

Der „gerechtfertigte Glaube“ erkennt den Menschen als Ebenbild Gottes. Dieses Ebenbild ist weniger auf Aussehen und Gestalt gerichtet, obwohl das Alte Testament auch daran gedacht hat, sondern auf Amt und Auftrag. Der Mensch vertritt als „Mandatar Gottes“ den „Herrschaftsanspruch Gottes auf Erden über Schöpfung und Kreatur“, die damit in eine neue Gottbezogenheit gebracht werden (von Rad). Von hier aus hat der Mensch die Möglichkeit, an der Gestaltung der Schöpfung mitzuwirken (Macht euch die Erde untertan!), die er allerdings wie alles Tun und Handeln auch verantworten muß. Dennoch wird er angesichts neuer Theologien und ihrer Belastungen für Menschen und Umwelt nicht hysterisch, auch nicht ideologischer Verführung erliegen, sondern sieht die Erhaltung der Schöpfung in Gottes Hand (Ich will hinfort nicht mehr die Erde verfluchen, ... I. Mos. 8, 21 f.). Auch erkennt sich der Mensch als geschichtliches Wesen, der, gebunden an die Welt, unterwegs ist von Schöpfung und Fall her durch Erlösung zur Vollendung.

Die Rechtfertigung trifft auf den einzelnen Menschen in „seiner Einmaligkeit, Unverwechselbarkeit und personalen Individualität“ (Thimme). Dies kommt besonders in der Taufe als Anrede zum Ausdruck: Ich habe dich bei deinem Namen gerufen, du bist mein (Jes. 43)! Gleichwohl ist „Adam“ in den Schöpfungsberichten des Alten Testaments ein Gattungsbegriff, wie auch der volle Begriff des Menschen nicht allein im Mann, sondern in „Mann und Weib“ enthalten ist (I. Mos. 1, 26 f.). Daraus ergibt sich für die biblische Sicht vom Menschen, daß er als ein soziales Geschöpf geschaffen ist und von Gott her auf die Gemeinschaft der Menschen bezogen. Individualität und Sozialität schließen sich nicht aus, sondern sind gleichwertige Bestimmungen des Menschen. Daher kann biblische Ethik immer nur Individualethik und Sozialethik zugleich sein!

Pfarrer Dr. Klaus Jürgen Laube ist seit vielen Jahren aktiv im Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU tätig und gehört der Studien-
gruppe des EAK an. Als Delegierter des EAK nahm er am Grund-
satzforum der CDU in Berlin teil.

II.

Waren diese Erwägungen grundsätzlich? Sie waren es dann, wenn die Möglichkeit offen blieb, – und dies zeigt die dringende Notwendigkeit grundsätzlicher Überlegungen – unterschiedliche politische, auch parteipolitische Folgerungen zu ziehen, diese also auch einer anderen Partei, sofern diese christliche Tradition bewahren will, als theologische Überlegungen vorzulegen. Erwin Wilkens hat in Berlin zu Recht ausgeführt: „Aber materiale Ordnungs- und Entscheidungskriterien sind allein von diesen theologischen Voraussetzungen her für konkrete Politik, sieht man einmal von Grenzfällen ab, nicht abzuleiten. Diese ergeben sich aus einer Anstrengung menschlicher Vernunft angesichts konkreter Handlungsfelder und bestimmter Situationen.“ Ist diese Sicht heute auch nicht unbestritten, so bedeutet dies doch, Christen „können“, aber „müssen“ nicht Sozialisten sein.

Auch Martin Honecker macht im Rahmen seiner Kritik am Entwurf für ein Grundsatzprogramm auf die Probleme aufmerksam, die sich ergeben, wenn Glaubensaussagen in den Rahmen eines Parteiprogramms geraten. Diese können nicht jedem zugemutet werden, aber ein Parteiprogramm soll ja gerade für jeden Menschen zumutbare Einsichten enthalten. Gerade die Frage nach dem Menschenbild – ein theologisch auch noch fragwürdiger Begriff, der eine Verfestigung nahe legt, obwohl das Bilderverbot des Alten Testaments die Offenheit des Menschenbildes hervorheben will – ist nach moderner Anthropologie so vielschichtig, daß heute eine sogenannte objektive wissenschaftliche Lehre vom Menschen nicht möglich ist.

Eine Partei wird also gut daran tun, davon auszugehen, daß unsere Gesellschaft durch verschiedene wissenschaftliche, weltanschauliche, ideologische und religiöse Vorgaben geprägt ist. Diese finden sich auch in Parteien wieder. Indem eine Partei nun einen Aspekt, in diesem Fall den religiösen und zwar den christlichen auswählt und bewußt macht, tut sie sich und der Gesellschaft einen besseren Dienst, als wenn sie der Illusion Vorschub leistete, als ob es diese Vorgabe nicht gäbe. Nach unserer langen christlichen Tradition sind diese Vorgaben wirksam, ob man dies nun begrüßt oder beklagt. Ein Absolutheitsanspruch ist damit gerade nicht verbunden, wenn Aussagen zum christlichen Menschenbild gemacht werden, das den Gedanken der Toleranz hervorgebracht hat. Hier ist es möglich, den eigenen Standort zu bekennen, aber auch den anderen gelten zu lassen.

So fern aller Wirklichkeit sind auch grundsätzliche Überlegungen nicht. Viele Mißverständnisse und unerquickliche Polemik hätte man sich sparen können, wenn in der Debatte um die Ostverträge „das Wort von der Versöhnung“ begrifflich und theologisch grundsätzlich geklärt worden wäre. Daher die folgenden Anmerkungen, die eine solche Begriffsverwirrung wie damals möglichst verhindern helfen sollen. Der Ansatz bei der Rechtfertigung zeigt, daß Nächstenliebe eine der Person zugewandte Gottesgabe ist, die der Mensch empfängt, bevor er sie wirklichen kann, anderes führt zu Gesetzlichkeit oder belebender Moral. In ein Parteiprogramm, das die Dinge der Welt weltlich und mit Vernunft ordnen will,

gehört daher nicht der Begriff Liebe oder Nächstenliebe (gegen Franz Alt), auch dann nicht, wenn nur das Wort Solidarität übrig bleibt und nicht befriedigt, weil es ursprünglich im 19. Jahrhundert das Gemeinschaftsprinzip der kämpfenden Arbeiterklasse war (M. Honecker). Heute soll Solidarität gerade nicht dazu dienen, daß sich verschiedene Interessengruppen gegeneinander durchsetzen, sondern umgekehrt unter Verzicht auf Eigeninteressen im Sinne des Ganzen handeln. Auch als Grundwert ist das Wort Liebe nicht geeignet (mit Honecker).

Der Einsatz bei der Rechtfertigung mit den dazu gehörenden Implikationen der biblischen Schöpfungsberichte zeigt auch, daß Luther die Theologie nicht zu einer Individualethik verengt hat. Franz Alt muß energisch widersprochen werden, wenn er meint, die Sozialität kann nur aus der katholischen Soziallehre, möglichst aus der Theologie des Johann Baptist Metz gewonnen werden. Allein die Titel der Schriften Luthers widerlegen diese Auffassung. Man bedenke: „An den christlichen Adel ...“, „Von der Freiheit eines Christenmenschen ...“, „Kann ein Kriegsmann ...“ E. Wilkens sagte auch dazu mit Recht: „... angesichts konkreter Handlungsfelder und Situationen“. Die großartigen sozialen Leistun-

gen des Pietismus im 18. und 19. Jahrhundert, die wir gerade entdecken, sind bis heute in der evangelischen Kirche auf dem Felde der Diakonie von explosiver geschichtlicher Kraft. Freilich, von einer gesetzlichen Ordnung mit Normen, die durch Werkgerechtigkeit, heute Leistungsdruck, erfüllt werden müßte, wurde bei Luther gerade abgesehen. Hier müssen die reformatorischen Aussagen über die Freiheit nochmals bedacht werden, wenn dieses Programm nicht aufgrund der katholischen Soziallehre einer unzeitgemäßen gesetzlichen Verengung zugeführt werden soll, die mit einem zuviel an Naturrecht einhergehen könnte. Darum kann es nicht heißen: „zu viel Weizsäcker und zu wenig Blüm“ (F. Alt), sondern für das ökumenische Zeitalter dieses Jahrhunderts: ein geblümter Weizsäcker, auch wenn nicht alles violett sein muß oder sein kann.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Klaus Jürgen Laube

EKD: Mord und Gewalt durch nichts zu rechtfertigen

Mord und erpresserische Gewalttätigkeit, die den Verlust von Menschenleben zynisch einkalkuliert, sind nach Ansicht des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) „durch nichts, unter keinen Umständen und mit keiner wie auch immer gearteten Zielvorstellung zu rechtfertigen oder zu verharmlosen“.

Durch die jüngsten Terrorakte seien in der Person der Opfer Staat und Gesellschaft selbst betroffen, heißt es in einer Erklärung des Rates zum Terrorismus in der Bundesrepublik. Alle Bürger seien deshalb verpflichtet, zur Aufklärung der Verbrechen beizutragen und einer weiteren Eskalation des Terrors entgegenzuwirken.

Der Rat verweist auf die Barmer Theologische Erklärung von 1934 in der es u. a. heißt: „Die Schrift sagt uns, daß der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen“.

Das Aufkommen des Terrorismus in der Bundesrepublik weist auf

Versäumnisse und Fehlentwicklungen hin, an denen alle Gruppen der Gesellschaft beteiligt seien. Auch die evangelische Kirche bekenne ihre Mithaftung am Geschehen dieser Wochen. Wörtlich heißt es weiter in der Erklärung: „Wir sind dem einseitig konfliktbetonten Verhalten in unserer Mitte nicht deutlich genug entgegengetreten und haben Gebot und Verheißung Gottes nicht klar genug verkündet“.

Die politische Führung der Bundesrepublik stehe durch die erpresserische Geiselnahme vor einer äußerst schwierigen Entscheidung. Einerseits habe der Staat die Aufgabe, Leben zu schützen, andererseits sei zu fragen, ob die Erfüllung der Forderungen der Erpresser nicht zu weiteren Mordtaten führe. Darauf gebe es keine prinzipiell richtige oder falsche Antwort. Hier seien die Verantwortlichen vor letzte Gewissensentscheidungen gestellt.

Die Antwort der Christen auf die Herausforderung durch den Terrorismus sei das Gebet und „das Tun dessen, was recht ist“. Der Rat ruft deshalb alle Mitglieder der Kirche auf, in der Fürbitte nicht nachzulassen. Die Fürbitte gelte den

Opfern der Gewalt, ihren Angehörigen, den Politikern, Polizisten aber auch allen, „die in Haß und Fanatismus geblendet sind“.

Aus dem Inhalt

| | |
|--|----|
| Grundwertediskussion geht weiter Klaus Jürgen Laube | 1 |
| EKD – Erklärung zum Terrorismus | 3 |
| Die Abgrenzung im Verständnis der Grundwerte Helmut Kohl | 4 |
| Zunehmende Verdrossenheit der Bürger Peter von der Heydt | 6 |
| Verinnerlichung – Rückzug der Kirche aus der Welt Paul Geißendörfer | 7 |
| Buchbesprechungen | 9 |
| Eine bemerkenswerte Predigt von Hermann Dietzfelbinger | 11 |
| Aus unserer Arbeit | 12 |
| Das sozialetische Fundament unserer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik Heinz Weber | 14 |
| Kurz notiert | 15 |
| Leserbrief | 16 |

Die Abgrenzung im Verständnis der Grundwerte

Helmut Kohl

Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind in der Union keine unverbindlichen Floskeln. Sie sind die verpflichtenden Grundwerte ihres Programms und als solche Orientierungsmarken für ihre Politik.

Die Union hat auf diese Grundwerte kein Monopol. Auch andere bekennen sich zu ihnen.

Die CDU aber ist die erste Partei, die ein Grundsatzprogramm erarbeitet hat, in dem diese Grundwerte und unser Verständnis vom Menschen in ihrem Zusammenhang erläutert werden. Helmut Kohl legte in Berlin auf dem Grundsatzforum der CDU hierzu ein überzeugendes Bekenntnis ab.

Die in den letzten Monaten so oft beschworene Gemeinsamkeit der Demokraten besteht ja nicht in dem gemeinsamen Bekenntnis zu denselben Grundwerten, sondern in der gemeinsamen Verteidigung unseres demokratischen Staates, in der Einhaltung der demokratischen Spielregeln und in der Respektierung des politischen Gegners.

Die Grundwerte haben ihre Integrationswirkung nicht zwischen den Parteien sondern innerhalb der Parteien. Dort allerdings sind sie unverzichtbar: als Einigungsfaktor für eine große Volkspartei und als Wertmaßstab und Richtschnur für eine konsequente Politik in den verschiedenen Lebensbereichen.

Die inhaltliche Klarheit über unsere Grundwerte dient aber auch der besseren Verständigung mit den Bürgern, um deren Vertrauen wir uns bemühen. Begriffe wie Freiheit oder Menschenrecht sind heutzutage alles andere als eindeutig. Sie sind durch inflationären Gebrauch fast entwertet. Wie sonst könnten die Charta der Vereinten Nationen oder die Schlußakte von Helsinki so viele Unterschriften tragen und so wenig Konsequenzen haben.

Was hierzulande und in den sozialistischen Staaten unter Menschenrecht und Freiheit verstanden wird, hat kaum mehr gemeinsam als das Papier, auf dem diese Rechte allen Menschen in Ost und West bestätigt werden. Schwer-

wiegender noch als der Mißbrauch solcher Begriffe in der staatsoffiziellen Parteidoktrin ist die Sorge, daß sich auch bei den betroffenen Menschen – etwa im anderen Teil Deutschlands – die Vorstellung von Freiheit auf den Wunsch freizügigen Reisens reduzieren könnte.

Es gibt aber auch erfreuliche Anzeichen dafür, daß immer mehr Menschen, vor allem aus der jungen Generation, auf wirkliche Religionsfreiheit, auf Freiheit der Presse, auf Offenheit der politischen Diskussion und auf ein Ende der ihnen zugemuteten ideologischen Indoktrination hoffen. Immer mehr von ihnen sind auch bereit, ihre persönliche Existenz dafür einzusetzen.

Unterschiedliche Interpretation der Grundwerte

Auch in der Bundesrepublik müssen wir uns mit politischen Vorstellungen auseinandersetzen, die zwar dieselben Wertbegriffe verwenden wie wir, die ihnen aber eine ganz andere, teilweise sogar gegensätzliche Bedeutung zumessen.

Umso wichtiger ist es, daß wir unser Verständnis der Grundwerte unverwechselbar herausarbeiten. Da sich alle politischen Gruppen von ganz links bis ganz rechts auf die Freiheit berufen, ist hier eine klare Abgrenzung besonders notwendig.

Mit Entschiedenheit und Härte grenzen wir uns gegenüber jenen ab, denen die Systemveränderung nicht schnell genug vonstatten gehen kann. Ihrem eifernden Veränderungsdrang erscheint bereits das Lippenbekenntnis zu einem demokratischen Reformkurs als ein fast unerträgliches Zugeständnis. Begrifflich haben diese Leute die Revolution längst vollzogen: Begriffe wie Autorität, Herrschaft und Staat, Macht, Ordnung und Disziplin haben sie längst an den Pranger vermeintlicher Repression gestellt, genauso wie die Begriffe Gewinn, Leistung und Konsum. Und das-

selbe bedenkenlose Sprachspiel haben sie auf der für sie positiven Hälfte ihrer ideologischen Spielwiese aufgeführt. Unbefragt positiv gilt ihnen alles, was sie progressiv nennen: Reform, Emanzipation, Befreiung, Demonstration, Protest oder Konflikt.

Die hämmernde Wiederholung dieser propagandistisch wirksamen Formelsprache in den letzten Jahren hat zweifellos Spuren im Denken vieler Menschen hinterlassen. Sprache ist hier als eine politische Waffe mit Langzeitwirkung eingesetzt worden.

Die Bewertung der Sprache

Es hat auch in unseren eigenen Reihen – jedenfalls zeitweise – nicht wenige gegeben, die sich von der Suggestion nicht frei machen konnten, daß das Eintreten etwa für Recht und Ordnung, oder für die Erhaltung staatlicher Macht etwas mit Reaktion und kaltem Kriegerum zu tun habe. Und ebenso suggestiv wirkte und wirkt es noch heute auf viele Menschen, wenn ihnen etwas als progressiv, als Befreiung oder als emanzipativ vorgestellt wird.

Wie viele fragen denn noch genau: Befreiung oder Emanzipation wovon, von wem, wozu, mit welchen Wirkungen?

Es ist nicht nur Gedankenlosigkeit und sprachliche Schlamperei, wenn in sogenannten seriösen Texten jeder Aufstand als „Befreiungskampf“, jeder Guerilla und Terrorist als „Freiheitskämpfer“ und der gewaltsame Ausbruch von Andreas Baader aus seinem Berliner Gefängnis als „Befreiung“ bezeichnet werden. Dies ist bereits ein erster, aber wesentlicher Schritt, das politische Bewußtsein und damit langfristig die Qualität unseres Staates zu verändern. Die politische Kultur in unserem Lande hat einen Punkt erreicht, an dem die politische Sprache, d. h. ihre Begriffe bereits ein Eigenleben, losgelöst von ihrem moralischen, ethischen und rechtlichen Gehalt führen. Wo und

soweit das zutrifft, sehe ich den Ansatz zur politischen Entmündigung des Menschen, weil an die Stelle politischer Überzeugung die psychologische Überwältigung durch primitive Signale tritt.

Schwerwiegender für die Grundlagen freiheitlicher Politik sind aber die Eingriffe durch die Sozialdemokraten. Sie haben die Regierungsmacht dazu benutzt, ihr vielfach ideologisch verbogenes, nicht am Menschen, sondern am Kollektiv orientiertes Verständnis von Freiheit in praktische Politik umzusetzen.

Das hat nicht nur Spuren im politischen Denken der Menschen hinterlassen, sondern auch die Chancen für freiheitliches Handeln gemindert. Den ethisch-sittlichen Sinnbegriff der Freiheit haben die Sozialisten politisch-ideologisch vereinnahmt.

Unterschiedliche Freiheitsbegriffe

„Wer für die Freiheit ist, muß für den Sozialismus sein“, sagen sie.

Freiheit ist deshalb im Verständnis der Sozialisten losgelöst von der Vorstellung individueller Verantwortung für die Verwirklichung von Freiheit. Die Leistung des Einzelnen, seine Selbsthilfe und seine Pflicht im Streben nach Freiheit bleiben ausgeblendet zugunsten von Ansprüchen und Rechten auf gesellschaftliche Leistungen.

Das Freiheitsideal der Sozialdemokraten ist die Emanzipation, die Befreiung von Abhängigkeit. Da dieser Akt der sogenannten Befreiung nicht vom Einzelnen sondern von der Gesellschaft und zudem für alle Menschen gleichmäßig vollzogen werden soll, gerät der Einzelne zwangsläufig in eine gesteigerte Abhängigkeit von der Gesellschaft. Diese anonyme Abhängigkeit des einzelnen Menschen von der Gesellschaft ist jedoch für Sozialisten kein Anlaß zu zweifeln. Sie glauben, die individuelle Abhängigkeit vom Kollektiv, von der Gesellschaft, vom Staat und von der Bürokratie durch Demokratisierung überwinden zu können. Diese Vorstellung ist jedoch – wie wir alle wissen – vordergründig und utopisch.

Auf dem unsicheren Boden dieser Utopie haben die Sozialdemokraten ihre Politik aufgebaut. In der Vorstellung der Sozialdemokraten dient eben die mit der Verrechtlichung des Eltern-Kindverhältnisses oder mit der Verschulung der Erziehung verbundene Auflösung personaler Beziehungen der „Befreiung“ des Menschen. Daß hier ein Prozeß der Entfremdung eingeleitet ist, nämlich der Entfremdung des Einzelnen gegenüber seinen sozialen Bezugsgruppen, können oder wollen sie nicht sehen.

Freiheit statt Bürokratie

Dieser Grundgedanke sozialdemokratischer Politik, den Menschen von Abhängigkeit durch umfassende Einbindung des Menschen in die Kollektive von Staat und Gesellschaft zu befreien, ist bereits in vielen Lebensbereichen zumindest in Ansätzen verwirklicht: im Bildungs- und Ausbildungsbereich, in der Familienpolitik, auf dem weiten Feld der Sozialpolitik und immer wieder auch in der Rechtspolitik. Ihren sichtbarsten Ausdruck findet diese politische Grundorientierung der Sozialdemokraten in der von ihnen betriebenen Ausweitung der Staatstätigkeit, in der Aufblähung der öffentlichen Haushalte und der Verwaltung sowie in einer Flut gesetzlicher Regelungen. Wir erleben dies jetzt in einer schon beinahe dramatisch zu nennenden wirtschaftlichen und politischen Krise: Es kann einfach nicht gut gehen,

- wenn der Staat für alles und jedes verantwortlich gemacht wird,
- wenn er dem Bürger seine Eigenverantwortlichkeit mit Versorgungsansprüchen abkauft,
- wenn seine Initiative in Bürokratie erstickt und
- wenn Selbständigkeit, Leistung und Risikobereitschaft nicht mehr belohnt sondern bestraft werden.

Was nützen Rechte ohne Chancen?

Für die Freiheit, für die Möglichkeit, sein Leben frei, eigenverantwortlich und sozial verpflichtet zu gestalten und darin sein Glück zu finden, sind realisierbare Chancen eben wichtiger als theoretische An-

sprüche. Eine Politik, die es dem Staat zur Aufgabe macht, die Freiheit und Gleichheit seiner Bürger materiell zu verwirklichen, muß an diesem Anspruch scheitern. Der Staat kann der Freiheit des Einzelnen Chancen sichern, er kann aber nicht diese Freiheit selbst herstellen. Wo er das versucht, muß er die individuelle Freiheit überall dort einschränken, wo sie der Durchsetzung seiner allgemeinverbindlichen Regelungen im Wege stehen könnte.

Sozialisten stört das nicht, weil sie reale Gleichheit der Menschen ohnehin für wichtiger halten als die individuelle Freiheit. Am sinnfälligsten wird dieses Dilemma der schon im Ansatz verfehlten Politik der SPD, wenn wir uns die Zukunftschancen der heute jungen Generation ansehen: Die Bildungspolitik der SPD hat versucht, alle Jugendlichen sozusagen im sozialistischen Gleichschritt zum Ziel zu führen. Das Bildungsziel wird auf diese Weise von vielen erreicht.

Am Ziel angelangt, müssen sie aber feststellen, daß die Chancen, die die Bildung herkömmlicherweise bei der Berufswahl und bei der individuellen Lebensgestaltung anbot, in der deprimierenden Konkurrenz der Vielen kaum mehr zu realisieren sind. Für diejenigen, die in dieser Konkurrenz unterliegen, ist es wenig tröstlich, wenn man ihnen sagt, daß Bildung auch einen Wert an sich darstellt.

Zurück bleibt das Gefühl der Niederlage, des Versagens, der Überflüssigkeit und das Bedauern, andere Chancen verpaßt oder nicht früher genutzt zu haben. Ganz sicher aber ist die Berufsentscheidung, die der weniger Erfolgreiche dann zu treffen hat, nicht freier, wenn er sich gezwungen sieht, seine berechtigten Erwartungen und Ziele aufzugeben. Es liegt ganz in der Konsequenz sozialdemokratischen Denkens, danach zu versuchen, die Fehler ihrer Bildungspolitik durch Eingriffe in das Berufs- und Beschäftigungssystem zu korrigieren. Dies ist ein altbekanntes Muster sozialistischer Politik:

Erst werden leistungsfähige Ordnungen in Unordnung gebracht, um dann dieses selbstgeschaffene Chaos zum Vorwand zu nehmen, die eigene Krankheit mit weiteren sozialistischen Rezepten zu heilen.

Aus diesem Teufelskreis müssen wir heraus.

Zunehmende Verdrossenheit der Bürger

Der stellvertretende Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Rheinland, Peter von der Heydt, MdB, hielt im Deutschen Bundestag kürzlich seine „Jungfernrede“. Die Evangelische Verantwortung gratuliert hierzu sehr herzlich und möchte ihren Lesern den Text nicht vorenthalten, zumal er wirtschaftspolitische Fragen in besonders deutlicher und grundsätzlicher Weise behandelt.

Finanzminister Apel hat neuerdings erklärt, daß er das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz in seinen wesentlichen Teilen für unsozial hält und deshalb nicht anwenden will. Dieses Stabilitäts- und Wachstumsgesetz ist in der Zeit der Großen Koalition von den großen Fraktionen des Bundestages gemeinsam verabschiedet worden. Im übrigen ist es gar nicht so lange her, daß der Sprecher der Regierung der deutschen Öffentlichkeit die Lektüre dieses Gesetzes wärmstens ans Herz gelegt und damit auch dazu beigetragen hat, bei den Bürgern Erwartungen auf massive Steuersenkungen auszulösen.

Die Steuerquote am gesamten Bruttosozialprodukt und die Abgabenquote in der Kombination von Sozialabgaben und Steuerlast ist zu hoch. Das Wachstum der Wirtschaft ist unter dieser Überbelastung erdrückt worden. Wir haben es insofern in der Tat mit einem tiefgreifenden Dissens zwischen Regierung und Opposition im Verständnis vom Zusammenleben der Menschen, von Solidarität und auch von der Rolle des Staates zu tun. Die Forderung nach massiven Entlastungen von der Überbesteuerung und vom Abgabendruck droht an der Regierung und der sie tragenden Mehrheit zu scheitern.

Viele Bürger, Arbeitnehmer, Handwerker, kleine Selbständige, Freiberufler, auch Unternehmer, laufen Gefahr um den Lohn dessen, was sie selbst erarbeitet haben, gebracht zu werden, weil Regierung und Koalitionsfraktionen ihr „egalitäres Element“ für notwendig halten. Damit treffen sie aber keineswegs nur die ganz Reichen, wie sie sagen, sondern z. B. auch denjenigen, der heute Arbeiter ist

und Vorarbeiter werden möchte. Er hofft vielleicht auf eine Lohnerhöhung von 200,- DM, rechnet sich dann aber aus, was ihm davon netto verbleibe und kommt zu dem Schluß, es lohne sich nicht. Wenn solche Überlegungen auf allen Ebenen der Leistungspyramide angestellt werden, dann ist es unmöglich, die Entfaltung der Schaffenskräfte in der Wirtschaft zu haben, die wir brauchen, um unser Sozialprogramm tragen zu können.

Es hat überhaupt keinen Zweck, über Einzelheiten des instrumentalen Teils der Steuerpolitik zu streiten, solange solch gravierende Differenzen im Gesamtverständnis bestehen.

Wenn einer unter seiner Kuh sitzt und sie melkt und dabei nicht so viel Milch herauskommt, wie er will, hat er zwei Möglichkeiten. Entweder kriegt er eine Wut auf die Kuh oder er entschließt sich dazu, die Kuh besser zu füttern. Man hat leider den Eindruck, daß viele in den Reihen der SPD und F.D.P. eine Wut auf die Kuh bekommen, ihr den Schwanz abhacken und sagen: Dann mache ich mir wenigstens Ochsenchwanzsuppe. Wenn das noch nicht reicht, schneiden sie der Kuh auch noch das Maul ab und machen Ochsenmaulsalat daraus. Jeder normal Denkende weiß, daß die arme Kuh nach solcher Behandlung überhaupt keine Milch mehr gibt.

Zur Konjunkturdebatte muß zunächst festgestellt werden, daß es seit 1975 über anderthalb Jahre lang eine Phase des konjunkturellen Aufschwungs gegeben hat, die jetzt zu Ende ist. Den Hanseaten Schmidt und Apel sei gesagt: Es ist ganz wichtig für den Kapitän, für das Schiff, für die Ladung, für die Mannschaft, wie die Wellenbewegung geht. Wenn jedoch nicht genügend Wasser unter dem Kiel ist, dann ist die Wellenbewegung darüber nur von relativer Bedeutung. Selbst in der Zeit des Aufschwungs hatten wir Arbeitslosigkeit, die überhaupt nicht sinken wollte. Die Sorge ist nun, wie sich die Arbeitslosigkeit in der sich jetzt abzeichnenden Phase der Stagnation entwickeln wird.

Die hartnäckige Arbeitslosigkeit liegt nicht an zu schwacher Konjunktur während der letzten achtzehn Monate, sie liegt an den strukturellen Verwerfungen, die es in der gesamten Ordnung unseres Zusammenlebens gibt. Sie liegt an den Verweigerungshaltungen, die mehr und mehr Bürger diesem Gemeinwesen gegenüber einnehmen: Da sind die jungen Leute, die nicht mehr lernen wollen, was hier gebraucht wird; da sind die jungen Familien, die keine Kinder mehr haben wollen – oder nicht mehr so viele wie früher –; da sind die vielen Arbeiter, die keine Überstunden mehr machen wollen; da sind schließlich die Unternehmer, die nicht investieren.

Die Bürger haben das Gefühl, daß ihnen mit den tausend Händen des Staates etwas aus der Tasche genommen und es mit tausend Händen nur zum Teil wieder irgendwo ausgeteilt wird. Die Bevölkerung hat den Eindruck, einer Bürokratie gegenüberzustehen, die sie nicht mehr versteht.

Die hieraus erwachsende Verdrossenheit der Bürger ist der Grund, warum unsere Wirtschaft (auch als wir konjunkturell gute Zeiten hatten) nicht so wachsen konnte, daß wir zu einer Auslastung der Kapazitäten am Arbeitsmarkt und der industriellen Kapazitäten in den Unternehmungen gekommen sind.

Daher ist erforderlich, daß der staatliche Anteil am gesamten Geschehen zumindest transparenter, verständlicher und in der Konzeption klarer wird, so daß der Bürger draußen weiß, was sein Staat von ihm will. Aber in Wahrheit muß der Staatsanteil auch in seinem Volumen in Relation zum Ganzen eingedämmt werden. Die Verweigerungshaltung der Bürger ist bedrohlich. Die Regierung muß aufpassen, daß die leistungsfeindliche angebliche Beglückung der Bürger von diesen nicht zunehmend als Raubgriff des Staates empfunden wird. Das egalitäre Element, zu deutsch die Gleichmacherei und der Druck der Bürokratie sind die Hauptgründe der gegenwärtigen Vertrauenskrise. Wir haben unter der gegenwärtigen Regierung keine Aussicht, dieses Problem zu lösen, weil sie es leugnet oder verkennt und von dieser Haltung auch nicht abzubringen ist.

Verinnerlichung – Rückzug der Kirche aus der Welt

Paul Geißendörfer

Der Verfasser, Landjugendpfarrer der evangelischen Landjugend in Bayern, geht im folgenden der Frage nach, wie Christen mutig die Welt von morgen mitgestalten können. Einen totalen Rückzug in die Verinnerlichung lehnt er genauso ab, wie eine Überbetonung politisch-theologischer Vorstellungen.

Im Juni 1530 haben die evangelischen Kaiser Karl V. die „Augsburgische Konfession“ vorgelegt. Im Umbruch des beginnenden 16. Jahrhunderts wurde ein Bekenntnis formuliert, das sich an den Aussagen der Heiligen Schrift orientierte und für Glauben und Leben des evangelischen Christen und der evangelischen Kirche bedeutsam werden sollte.

Daß dieses Bekenntnis seine Aktualität inzwischen wieder besitzt, zeigt das Gespräch zwischen Landesbischof Hanselmann und Kardinal Ratzinger, von dem der epd vom 8. Juli 1977 berichtet, daß auch die Bemühungen um eine Anerkennung der Augsburgischen Konfession durch die römisch-katholische Kirche und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die evangelische Kirche Gegenstand des Gespräches waren.

Art. 7, 8 und 16 dieser Confessio Augustana sind im Zusammenhang unseres Themas zu erwähnen. Dort heißt es:

- Es wird auch gelehrt, daß allezeit eine heilige, christliche Kirche sein und bleiben wird. Sie ist die Versammlung aller Gläubigen, bei denen das Evangelium rein gepredigt und die heiligen Sakramente dem Evangelium gemäß dargereicht werden (CA 7).
- Die christliche Kirche ist eigentlich nichts anderes als die Versammlung aller Gläubigen und Heiligen (CA 8).
- Vom weltlichen Regiment wird gelehrt, daß alle Obrigkeit in der Welt und alle geordneten Regierungen und Gesetze gute Ordnungen sind, von Gott geschaffen und eingesetzt. ... Das sind die Christen schuldig, der Obrigkeit untertan und gehorsam zu

sein in allem, was ohne Sünde geschehen kann. Wenn aber das Gebot der Obrigkeit ohne Sünde nicht mehr geschehen kann, soll man Gott mehr gehorchen als dem Menschen. Apg. 5, 29 (CA 16)

Mit diesen Zitaten soll es genug sein. Der Kundige spürt, wie tief die Aussagen der Augsburgischen Konfession in der Heiligen Schrift verwurzelt sind: Im Johannes-Evangelium, in der Apostelgeschichte und im Römerbrief.

Sie zeigen auch, daß Kirche sich nicht auf das Evangelium zurückzieht und der Welt ihren Lauf läßt. Glauben und Leben, Dogma und Ethik gehören untrennbar zusammen. Der Christ und die Kirche sind hineingestellt in die Strukturen der Zeit und Gesellschaft. Die Kirche als das Volk Gottes, als der Leib Christi, als die Gemeinschaft der Glaubenden, wird es zu keinem Zeitpunkt leicht haben, ihren Auftrag zu erfüllen, gleichzeitig glaubwürdig zu erscheinen, sich an- oder einzupassen.

Warnung vor politischen Kurzschlüssen

Die Botschaft von Jesus Christus ist Grundlage der Kirche und zielt auf den neuen Menschen. „Ist jemand in Christus, so ist er eine neue Kreatur; das Alte ist vergangen, es ist alles neu geworden“ (2. Kor. 5, 17). Der Ruf der Welt, den Menschen zu ändern, ist nicht fremd. Strukturveränderer, Erzieher, Politiker, Technokraten und Revolutionäre bemühen sich jeder auf seine Weise, den Menschen dahin zu bringen, wo sie ihn haben möchten: Unter ihrer Einflußsphäre und Machtbereich. Dennoch gelingt es nur bedingt, ihn durch Umwelttechnologie oder Psychoanalyse oder auch durch politische Revolution in seinem Inneren und Innersten, in seinem „Herzen“ zu verändern. Wie kann man auch den Menschen verändern, ohne ihm

durch irgendeine Manipulation Würde und Freiheit zu nehmen? Wie kann man ihn ändern, daß aus ihm von der Mitte her ein neuer Mensch wird? Die Botschaft von Jesus Christus zielt genau auf diese Veränderung.

Dabei muß vor politischen Kurzschlüssen gewarnt werden. So sehr Jesus furchtlos für eine radikale Veränderung eingetreten ist, war er kein politisch-sozialer Revolutionär. Dies betont auch der marxistische Atheist, wie er sich selber nennt, Gardavsky in seinem Buch: „Gott ist nicht ganz tot“. „Wir werden Jesus kaum als Sozialreformer oder gar als Revolutionär im üblichen Sinn des Wortes ansehen können. Wir werden in den Evangelien keinerlei Andeutung eines sozialreformerischen Programms finden, es sei denn, wir gingen sehr primitiv vor und wollten es aus einzelnen herausgerissenen Zitaten zusammenstellen“. Sehr viele Zeitgenossen in Kirche und Theologie sind den Schlagworten von der „politischen Theologie“ und einer „politischen Diakonie“ zum Opfer gefallen, die zu einer „Politisierung der Theologie“ führten. Gardavsky fährt fort: „Die Aufforderung zum Widerstand gegen Rom war nicht getragen von irgendeiner Idee sozialer Gerechtigkeit und mündete auch nicht in das Konzept einer neuen sozialen Ordnung. Wenn es so gewesen wäre, wenn das Christentum hier seine tiefste Begründung gefunden hätte, dann hätte es seine Epoche kaum überlebt“.

Jesus selber ist nicht als Gesetzgeber aufgetreten. Er hat weder ein sittliches Naturgesetz eingeschärft, noch ein positives Offenbarungsgesetz aufgerichtet. Deswegen tun wir uns als Christen schwer, in der uns umgebenden Gesellschaft und in den täglichen Situationen unseren Mann zu stehen. Das Neue Testament kennt keine Anweisungen für alle Gebiete des Lebens, keine allumfassenden moralischen Prinzipien, kein neues ethisches System. Auch die Bergpredigt ist keine Summe wörtlich zu befolgender Gebote und Ver-

bote, sie ist kein Verhaltenskodex, keine Moralthologie, erst recht kein Grundgesetz einer neuen Gesellschaft. Jesu Weisungen sind vielmehr Einladungen, Appelle, Herausforderungen. Das „Gebot der Liebe“ – Joh. 13, 34 – („Ein neu Gebot gebe ich euch, daß ihr euch untereinander liebt, wie ich euch geliebt habe“) ist das Grundkriterium aller Tugenden, Prinzipien, Normen menschlicher Verhaltensweisen. Die Liebe ist also nach Jesus gut in allen Situationen, sie weist für das situationsgerechte Handeln die Richtung. Keine Kasuistik, die uns so oft manches erleichtern würde, sondern eine von der Liebe Christi getragene und durchdrungene Entscheidungsfreiheit in der jeweiligen Situation bestimmt auch unser politisches Handeln.

Auf dem Weg in die Welt von morgen

Uns sind hinreichend die modernen Zukunftsweissagungen bekannt. Noch vor 10 und 20 Jahren haben wir sie belächelt. Zum Teil sind deren visionäre Bilder schon Wirklichkeit und Alltag geworden. Ich erwähne nur ein paar von ihnen: Das 1950 in New York erschienene Buch „Die ersten Christen des 21. Jahrhunderts“ oder Orwells „1984“, das ebenfalls vor 20 Jahren in New York erschienene Buch „Utopia 1976“ oder Romano Guardini „Das Ende der Neuzeit“ oder Fromms Buch „Der moderne Mensch und seine Zukunft“ (1960). Was wollen wir mit diesen merkwürdigen Bildern der Welt von morgen? Es muß uns klar werden, daß die Menschen von morgen bereits unsere Zeitgenossen heute sind und die Zukunft schon längst begonnen hat (Jungk). Wir sind zwar ständig auf dem Weg in die Welt von morgen, stehen aber bereits mit jedem Augenblick in ihr.

Diese Tatsache fordert jeden von uns. In der bereits begonnenen Zukunft haben wir als Christen zu leben, zu handeln und zu entscheiden. Wollen wir die Gestaltung der Zukunft nur den Technokraten überlassen und uns in Resignation und Scheu ghettoisieren? Gilt es nicht vielmehr zu ermutigen, daß jeder Christ sich der Zukunft, der Welt von morgen in christlicher Verantwortung verpflichtet weiß? Ganz gleich ob utopische Bilder eines Tages Wirklichkeit werden oder ob wir mit der Lösung realer tagespolitischer Probleme fertig werden müssen, z. B. Welternährung, Weltbevölkerung, Umweltschutz, Umgang mit Energie und Rohstoffen usw., es gilt die Welt von morgen in christlicher Verantwortung mitzugestalten. Dies ist von bedeutender politischer Relevanz. Rückzug und Verspiritualisierung der Kirche werden dem Auftrag Gottes sicher nicht gerecht (1. Mose 1, 28).

Ich folge einigen Gedanken des Holländers Hoekendijk, dessen Buch „Die Zukunft der Kirche und die Kirche der Zukunft“ 1965 in zweiter Auflage erschienen ist. Er meint, daß uns inzwischen eine düstere Kulturstimmung angesichts der Zukunft überfallen hat. Der Aufbruch in die Welt von morgen bezeichnet er als einen Exodus, der gleich dem Ägyptischen einiges zurückhält. Dort waren es die berühmten Fleischtöpfe. Diesmal seien es

- a) die Vergangenheit mit ihren Erfahrungswerten, die für die Welt von morgen vielfach nur als Ansätze und Tips funktionieren können.
- b) das Gesellschaftsmodell, das aus einer Agrar- in eine Industriegesellschaft gewechselt hat und mehr einer Freizeitgesellschaft entgegenggeht mit dem Erscheinungsbild der Freizeitnomaden und den Touristen der Landstraße.
- c) das Christentum selber. Wird es in Zukunft nur noch ein Relikt aus einer am Horizont verschwindenden Epoche sein oder wird es in anderen Dimensionen sein Proprium behaupten und durchhalten können? Das Christentum war in unserer Geschichte ein bedeutender Kulturfaktor. Darüber besteht kein Zweifel. Auf fast allen Institutionen finden wir gleichsam

„christliche Fingerabdrücke“. Auch in der Welt von morgen kann diese Vergangenheit nicht einfach ungeschehen gemacht werden. Wird der Kirche in Zukunft die berühmte Rolle des Mohren zugedacht sein, der seine Schuldigkeit getan hat und nun gehen kann?

Auf dem Weg in die Diasporasituation

Im Jahre 1900 waren 34 % der Weltbevölkerung Christen; 1955 31 %. Im Jahre 2000 werden es etwa nur 16 % sein. Heute machen also die Christen ein Drittel der Weltbevölkerung aus. Noch verfügt das Christentum über starke Bastionen. Es wird jedoch in der Welt von morgen als verstreute Minderheit inmitten einer erdrückenden Übermacht fremder Umgebung existieren (vgl. Deutsche Zeitung vom 29. Juli 1977 „Der Islam auf dem Vormarsch“ oder ZDF vom 17. August 1977 „Der schwarze Islam“).

Der Auftrag der Kirche

Man wird sich mit Recht fragen: Was ist der Auftrag der Kirche in der Welt von heute und morgen? Hat die Kirche noch einen solchen, vor allem, wenn sie von einer Großgruppe in der Gesellschaft zu einer Kleingruppe werden sollte? Wenn sie erkennt, daß nicht mehr sie, sondern die Gewerkschaften den ihr früher eigenen Einfluß haben? Angst und Resignation sind nicht am Platz. Sie widersprechen der Frohbotschaft und werden dem Auftrag des auferstandenen Herrn nicht gerecht. Kleingruppe zu sein oder Diasporasituation veranlaßt die Kirche noch lange nicht, sich zurückzuziehen oder sich einzugliedern. Einige Stichworte seien genannt, die einem Rückzug der Kirche keinesfalls das Wort sprechen, vielmehr ihr Proprium in der Zukunft betonen:

1. Zeugnis des Glaubens

Die Kirche muß Freiheit und Mut zum Zeugnis von Gott haben. Sie darf weder eine schweigende Kirche sein, noch ihren Glauben ver-

privatisieren, noch sich verinnerlichen, soweit darunter ein Rückzug verstanden wird. Religion ist keine Privatsache. Nach Jesu Wort ist die Gemeinde Salz und Licht der Welt, die Stadt auf dem Berge (Matth. 5, 13 u. 14).

2. Bewährtes Handeln

Die Kirche muß sich am Gebot Christi (Liebesgebot) orientieren. Von daher bekommt ihr Tun Qualität. Es ist mehr als soziales Engagement, als vollkommener Humanismus. Wo Gottes Wort geschieht, werden die Strukturen nicht übersehen. Seelsorge und Leibsorge sind eine Einheit. Weder in der Gegenwart noch in der Zukunft wird auf dieses bewährte Handeln der Kirche verzichtet werden dürfen.

3. Mut zum Öffentlichkeitsauftrag

Die Kirche darf weder zu einem Ghetto werden noch eine Verklerikalisierung beabsichtigen. Sie hat etwas zu sagen — auch in der Welt von morgen und auch in einer Diasporasituation — und darauf wird geachtet. Sie darf nicht sagen, was andere hören wollen, um sich zu etablieren. „Was euch gesagt wird in das Ohr, das predigt auf den Dächern“ (Matth. 10, 27). Sie wird Enzykliken, Denkschriften, Kirchentage nutzen, um ihren Öffentlichkeitsauftrag zu erfüllen, Zeichen des Willen Gottes zu setzen.

4. An- oder Einpassung

Johannes XXIII. hat das Wort vom *aggiornamento* geprägt. Nicht Anpassung, sondern Einpassung ist damit gemeint. „Stellt euch nicht dieser Welt gleich, sondern verän-

dert euch durch Erneuerung eures Sinnes“ (Röm. 12, 2). Das ist die Aufgabe der Kirche, mitten und unter der Welt, ohne in ihr aufzugehen. Man muß nicht den „Juden ein Jude und den Griechen ein Grieche werden“ (1. Kor. 9, 20). Kirche darf nicht in der Gesellschaft verschwinden, in ihr aufgehen, als ob sie nicht einen Auftrag in ihr hätte.

Ich schließe mich Zahnrt an, wenn er sagt: Es muß nachdenklich stimmen, daß gerade Nichttheologen und Nichtchristen Kirche und Theologie heute so eindringlich davor warnen, einseitig und unmittelbar das Christentum den Tendenzen der vorhandenen Gesellschaft und Welt anzupassen. Er zitiert hierzu Adorno, Jaspers und Camus: „Unsere heutige Welt erwartet von den Christen, daß sie auch künftig Christen bleiben“.)

5. Verinnerlichung der Kirche

Kirche braucht Besinnung, Meditation, Gabe und Kraft des Heiligen Geistes. In der Gegenwart sind solche Strömungen erkennbar. Verinnerlichung darf aber nicht zur Isolierung führen. Im Gegenteil: Sie ist die Quelle zum mutigen Schritt in die Welt, zur Einwanderung in den Alltag. Auf die Dauer wird die Kirche nur so viel Wirkung haben, als sie Menschen hat, die von ihrem christlichen Glauben Gebrauch machen, die mitverantworten und gute Kräfte und Möglichkeiten entbinden helfen. Wo der Kirche diese Menschen fehlen, werden alle ihre Bemühungen, gesellschaftliche und politische Mitverantwortung in der Welt zu tragen,

alle ihre Denkschriften, ihre sogenannte Öffentlichkeitsarbeit auf die Dauer unglaubhaft und wirkungslos bleiben. Aus der Verinnerlichung, der Sammlung, muß Sendung und Mission folgen.

Ich komme zurück auf die eingangs zitierte *Confessio Augustana*. Der Auftrag des Christen und der Kirche ist klar umrissen. Weder vom Evangelium her noch vom kirchlichen Dogma wird sichtbar, daß sich Kirche aus der Welt zurückziehen dürfe. Sie braucht jedoch die Verinnerlichung, um die erforderliche geistliche Kraft zu besitzen, die notwendig ist, eine bekenkende Kirche zu bleiben. Sie muß sich vor der Situation eines Stuttgarter Schulbekenntnisses hüten, d. h., sie darf gemachte und erkannte Versäumnisse und Fehler nicht wiederholen. Der Kirche steht es nicht an, eine feige oder schweigende Kirche zu sein. Ihr Weg ist die Nachfolge des Herrn, dessen Mühe es war, einen neuen Menschen zu schaffen und gleichzeitig auf eine Welt hinzuwirken, die einer Vollkommenheit entgegengeht.

Vielleicht ist uns das, was Jesus in Joh. 17, 14 und 15 sagt, für unseren Dienst in der Welt eine große Hilfe: Wir sind nicht von der Welt, wir sind in der Welt, wir sind für die Welt.

Buchbesprechungen

Günter Rohmoser: *Zeltzeichen — Bilanz einer Ära*, Seewald-Verlag, Stuttgart, Paperbackausgabe 29,80 DM, Leinenausgabe 48,— DM.

In diesem Werk geht es um eine Antwort auf die Frage nach dem Geist, aus dem der Terror kam, um die geistigen Grundlagen und Voraussetzungen einer inneren Entwicklung, ohne die das Ungeheuerliche der Herausforderung, mit der wir es jetzt zu tun haben, nicht verständlich wäre. Es dürfte auch dem letzten Bürger deutlich geworden sein, daß keine noch so perfekte Verbesserung der polizei- und gesetzestechnischen Maßnahmen auf

die Dauer ausreichen wird, um der Herausforderung zu begegnen. Der Beginn der Guerillakriegführung gegen den Staat der Bundesrepublik Deutschland bedeutet eine Zäsur im Leben unseres Landes. Die Bemühungen um die ökonomische Stabilität, den sozialen Ausgleich genügen nun allein nicht mehr, wir müssen den Kampf auch geistig und offensiv führen. Für jeden Terroristen, den die Polizei ausschaltet, wächst ein Nachfolger heran, wenn das

geistige Umfeld des Sympathisantentums nicht erfolgreich bekämpft wird.

In „Zeitzeichen“ geht es zum ersten Mal um eine umfassende, alle Zusammenhänge und Gesichtspunkte einbeziehende Antwort. Es geht um eine Begründung für die Notwendigkeit einer geistig-ethischen Erneuerung. Das Phänomen der Kulturrevolution wird in allen bedeutsamen geistesgeschichtlichen Zusammenhängen analysiert und interpretiert. Die politische Aktualität wird verknüpft mit einer Erhellung der Tiefenströmungen des gegenwärtigen Zeitalters. Es wird entwickelt, was man eine Theorie der inneren Verfassung der Bundesrepublik Deutschland nennen könnte.

Herderbücherei INITIATIVE – Ein Zwei-Monats-Taschenbuch für Leser, die mehr wissen wollen, als in der Zeitung steht!

Band 20: „Rückblick auf die Demokratie – Gibt es eine Alternative?“ Ist das klassische Modell der Demokratie den großen außen-, wirtschafts- und sozialpolitischen Herausforderungen noch gewachsen? Eine Frage, der man heute nicht mehr ausweichen kann! – Verlag Herder, 192 S., 9,90 DM.

Band 21: „Das Elend der Christdemokraten – Zur Ortsbestimmung der Mitte“ (erscheint Ende Oktober 1977).

Dieser Band analysiert die Situation der christlich-demokratischen Parteien in Europa. Was heißt heute „Politik aus christlicher Verantwortung“? Hat eine Volkspartei der offenen Mitte noch Zukunftschancen in einer zunehmend polarisierten Gesellschaft? Angesichts der Europawahlen haben die Christdemokraten nicht mehr viel Zeit zu verlieren, eine glaubwürdige Alternative zum Euro-Sozialismus zu entwickeln. Verlag Herder, ca. 190 Seiten, 9,90 DM.

Hans Jürgen Schultz (Hrsg.): Was der Mensch braucht – Anregungen für eine neue Kunst zu leben. 420 S., kt. glanzfolienkaschiert 29,50 DM. Kreuz Verlag, Stuttgart.

Den Menschen aktiver, froher und freier zu machen – das ist die Absicht dieses alphabetisch geordneten Sammelbandes, in dem namhafte Autoren der verschiedensten Richtungen Stichworte für eine neue Humanität allgemeinverständlich erläutern und entfalten.

Ralf Textor: Silvester 1999 – Rückblick eines Christen aus Miatopia. Ins Deutsche übertragen von Christa Reich. 237 S., Efalin geb. mit vierfarbigem Schutzumschlag 24,- DM. Kreuz Verlag, Stuttgart.

Einen erregenden Blick in die Zeit bis zum Jahre 2000 und die Entwicklung von Kirche und Gesellschaft der Zukunft eröffnen diese Aufzeichnungen eines Theologen, geschrieben in der Silvesternacht 1999.

Günther Klempnauer: Wenn ich nur noch einen Tag zu leben hätte.

Aussagen von Jugendlichen – gesammelt und gewertet. 238 S., kt. glanzfolienkaschiert 17,80 DM. Kreuz-Verlag, Stuttgart.

Die Frage nach dem Sinn des Lebens – und das ist im Grunde die Frage nach Gott – verschärft sich angesichts des Todes. Das zeigen die Antworten auf eine Umfrage, die der Autor bei 530 Jugendlichen im Alter von 15 bis 21 Jahren gemacht hat. „Was würde ich tun, wenn ich nur noch einen Tag zu leben hätte?“ – so lautete die Themenstellung für die Berufs- und Oberschüler an 12 Schulen in 5 Bundesländern. Im Rahmen einer Religionsunterrichtsstunde haben sich die Schüler – unvorbereitet und anonym – dazu geäußert. Ihre Antworten werden im vorliegenden Buch auszugsweise wiedergegeben und theologisch gedeutet. Dazu kommen Interviews des Verfassers mit dem Theologieprofessor Helmut Thielicke und dem Psychologieprofessor Rudolf Seiß.

Für jeden, der mit jungen Menschen zu tun hat, insbesondere für Pfarrer, Religionspädagogen und Katecheten, bietet das breite Spektrum der Reaktionen, die von Verzweiflung über Gleichgültigkeit bis zu gläubigem Vertrauen reichen, ein unschätzbares und bisher noch nicht vorliegendes Material.

Aber dieses Buch geht auch alle Eltern an, die heranwachsende Kinder haben. Schließlich werden auch Jugendliche selbst nach diesem Band greifen, um zu erfahren, was Gleichaltrige sagen, und um sich über Wege und Ziele ihres eigenen Lebens klar zu werden.

Das Kirchentagstaschenbuch – Berlin 77. Herausgegeben im Auftrag der Leitung des Deutschen Evangelischen Kirchentages von Carola Wolf. 254 S., mit 55 Fotos, kt. glanzfolienkaschiert ca. 9,80 DM. Kreuz Verlag, Stuttgart.

„Einer trage des anderen Last“, unter diesem Motto stand der Berliner Kirchentag im Juni 1977, der sich mit Fragen des Glaubens und der Kirche, mit sozialer Gerechtigkeit, mit der Zukunft und der Gesundheitspolitik be-

faßte. Das Kirchentagstaschenbuch Berlin 77 enthält neben vielen Fotos die wichtigsten Texte, Erlebnisberichte und Reportagen von den Arbeitsgruppen, vom Markt der Möglichkeiten, von Festen und Feiern sowie Lieder und Noten.

Der Kirchentag, so hat es sich in den vergangenen Jahren immer wieder gezeigt, und so hat man es im Juni in Berlin wieder gesagt, ist nicht nur ein einmaliges Erlebnis, sondern wirkt mit seinen Ideen, Gedanken, Initiativen und Beispielen in die Öffentlichkeit und in das Leben des Einzelnen hinein. Das Kirchentagstaschenbuch, preiswert, aktuell und vielseitig, macht es jedem möglich, an diesem Geschehen Anteil zu nehmen. Dem Teilnehmer hilft es, seine Erinnerungen lebendig zu erhalten. Für den, der nicht nach Berlin fahren konnte, bringt es das Wichtigste, das Nachahmenswerte und Beispielhafte in knapper und übersichtlicher Form. Ein Buch voller Anregungen für den Einzelnen, aber auch zur Weiterarbeit in Gruppen und Gemeinden.

Peter Meinhold, Außenseiter in den Kirchen – Was wollen die modernen Erneuerungsbewegungen? Ein Bericht über Organisation und Zielsetzung, Freiburg 1977, Herderbücherei Band 598, 4,90 DM.

Ein vielbeobachtetes Phänomen, daß am Rande der Kirchen in zahlreichen Gruppen und Kommunitäten eine immer mehr Anhänger findende lebendige, blühende Frömmigkeit wächst, während die etablierte Kirche über leere Kirchen klagt, wird in diesem Herdertaschenbuch vom Autor als Herausforderung an die Kirchen bestimmt.

Peter Meinhold, ehemaliger Ordinarius für Kirchen- und Dogmengeschichte in Kiel und jetziger Direktor der Abteilung Abendländische Religionsgeschichte am Institut für Europäische Geschichte in Mainz, hat aufgrund persönlicher Begegnungen Material über die modernen Erneuerungsbewegungen gesammelt und ausgewertet.

Erstmals werden in einem Buch die Organisation und Zielsetzung der „Randsiedler“ oder „Außenseiter“, wie Jesus-People, Jesus-Bruderschaften, Gemeinschaft von Taizé, Kinder Gottes, Rufer Katakombe, Cursillo, action 365, Campus für Christus u. a. nebeneinandergestellt (Kapitel 2-5). Im Kapitel 6 unternimmt Peter Meinhold den Versuch, die neue Erfahrung von der Gegenwärtigkeit des Heiligen Geistes in ihrer Dimension auf die evangelische und katholische Kirche zu betrachten. Er weckt die Erinnerung an die Bitten von Johannes XXIII. und Paul VI. „Pfungsten zu leben“ und zitiert den Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen, der in Nairobi die dort versammelten Kirchen als „charismatische Gemeinschaft“ bezeichnete (S. 103).

Eine bemerkenswerte Predigt

D. Hermann Dietzfelbinger, ehemaliger Landesbischof in Bayern und Ratsvorsitzender der EKD, hielt kürzlich in der St. Lukaskirche zu München eine Predigt über Matthäus 19, 16–29, in der er u. a. auch über die europäische Einigung sprach. Wir wollen die Leser der Evangelischen Verantwortung mit dem Text der Predigt vertraut machen, da sie für jeden, der sie liest, einen außergewöhnlichen Gewinn darstellen dürfte.

Die Geschichte von dem reichen Jüngling ist ein faszinierendes Angebot der Vollkommenheit – der Selbstverwirklichung, würde man heute sagen. Aber dieses Angebot ist zugleich so radikal und hart, daß man davor zurückschreckt – Jesu Jünger „entsetzten sich sehr“, heißt es. Auch heutige Psychologen und Psychotherapeuten werden ihren Patienten diese Radikalkur Jesu wohl selten empfehlen: willst du vollkommen sein, so gehe hin und verkaufe, was du hast! Aber vor einer Vakuum-Neurose, d. h. dem neurotischen Zeitgefühl der sinnlosen Leere, das heute gerade auch Leute überfällt, die sich im Leben alles leisten können, braucht sich mit Sicherheit derjenige nicht mehr zu fürchten, der auch nur anfangsweise die wunderbare Erfahrung macht, daß, wer um Jesu willen „Häuser oder Äcker verläßt, der wird's vielfältig und reichlich empfangen und das ewige, das wirkliche Leben ererben!“ Junge Menschen fragen uns Ältere nicht selten, ob denn diese Generation des Krieges und des Zusammenbruchs ihr als Erfahrung aus der schweren Zeit nichts anderes als einen fragwürdigen Wohlstand vererben könne, den sie sich freilich zugleich auch gerne gefallen läßt. Es sind auch junge Menschen unter uns. Ich möchte gerade sie bitten, daß sie sich dem Nachdenken über solch eine Geschichte wie die vom reichen Jüngling nicht entziehen, der übrigens wahrscheinlich bereits ein erfolgreicher Unternehmer war, aber sich gleichzeitig mit den ernstesten Lebensfragen herumschlug.

1. Ein Stachel ist sie auf jeden Fall, der weh tut. Das ist der erste

Eindruck, den wir festhalten wollen. Die schärfste Spitze dieses Stachels scheint mir in dem Wort Jesu zu liegen, daß ein Reicher schwerlich, ja von sich aus unmöglich an der Lebensordnung teilnehmen kann, die mit dem Wort „Herrschaft Gottes“ beschrieben ist. Aber ich möchte doch von einem barmherzigen Stachel reden. Es ist ja nichts Negatives, worauf Jesus im Gespräch mit diesem reichen Mann hinaus will, nicht einfach eine sinnlose Zerstörung seines Reichtums. Im Gegenteil: nicht arm soll der Mann werden, der alles verkaufen soll, um es den Armen zu geben, vielmehr heißt es ausdrücklich: reich soll er werden und einen Schatz im Himmel haben, also den wirklichen, bleibenden Reichtum, in dem dann wohl auch das, was ein Mensch zum Leben braucht, enthalten ist. Aber damit, liebe Freunde, sind wir nun doch alle gefragt, die wir doch als Unternehmer, Gehaltsempfänger oder als Geschäftsleute mit Geld umzugehen haben, ob wir von solchen Problemen denn gar nichts wissen? Wir erfahren doch, wie die Härte des Konkurrenzkampfes im Wirtschaftsleben, die Sorge um den Arbeitsplatz unsere Lebensperspektiven bestimmen, erhellen oder verdunkeln kann! Gut, lassen wir das, was heute unzählige Gespräche unter uns füllt, nur einmal in das alles durchleuchtende, aber zugleich barmherzige Licht Jesu rücken; nämlich die Frage nach Wert oder Unwert des Geldes! Hat Jesus nicht selber in seinem engsten Jüngerkreis einen gehabt, der diese Probleme nicht bewältigt hat? Ist nicht Judas Ischariot gerade an diesem Punkt gescheitert, weil er das Kreuz Jesu Christi, das heißt doch, die Ganzhingabe seines Herrn, nicht verstehen, sondern eher noch aus dem Kreuz Christi ein Geschäft machen wollte um dreißig Silberlinge? Darum ist es barmherzig, wenn Jesus diesem reichen Mann, der ihm ehrlich nahe sein will, ganz deutlich die harte Wahrheit sagt und lieber den Mißerfolg auf sich nimmt, daß der Mann nämlich betrübt wegging, weil er viele Güter hatte. Jesus darf nicht aus ihm einen zweiten Judas machen, ge-

rade deshalb nicht, weil er ihn ernst nimmt, ja liebhat. So ist es doch zuletzt ein barmherziger Stachel, der gerade die erschrockenen Menschen trifft: wer kann denn selig werden? Und Jesus sah sie an, heißt es. Was einem Menschen unmöglich ist, das ist bei Gott immer noch möglich! Auch in dieser Geschichte begegnet uns der Jesus Christus, der helfen und zurechtbringen will!

2. Im Grunde geht es ja in dieser ganzen Auseinandersetzung – wir wollen dies als zweite Erkenntnis festhalten – um etwas sehr Einfaches, allerdings ebenso Grundlegendes: nämlich um das, was wir unter Leben verstehen. Es ist wie so oft in den Jesusgeschichten, hier freilich vor allem im Verhältnis zu den Lebensgütern. Von Lebensqualität reden wir viel – ja, das ist es! Gerade dies bewegt den Frager, der zu Jesus kommt: Was muß ich tun, daß ich das ewige, das bleibende Leben empfangen? Das ahnen zum mindesten viele Leute, daß Jesus etwas mit dem Leben, dem wirklichen Leben zu tun hat, vielleicht sogar die Vollmacht besitzt, es mitzuteilen – „in ihm war das Leben ...“ sagt die Bibel immer wieder. Eben dies nimmt er ja hier auf: „Willst du zum Leben eingehen, so halte die Gebote!“ Leben hängt mit dem Guten zusammen; darum liegt es in den guten Geboten Gottes beschlossen, jedenfalls nicht abseits von ihnen und nicht gegen sie, wie wir Heutigen das gerne meinen, indem wir diese alten Maßstäbe für überholt erklären. Wirkliches Leben, Gemeinschaft mit Gott und Menschen, Reich Gottes, wie es hier heißt, kann sich doch gar nicht abseits oder im Gegensatz zu den guten Ordnungen Gottes vollziehen. Und wenn Gott in der Welt regieren oder vorankommen will, dann braucht er eben Menschen, die auch darin seine Sache vertreten, daß sie in der guten Ordnung der Geschlechter bleiben, die wir die Ehe nennen, daß sie nicht töten, das heißt die Grenzen zwischen Tod und Leben nicht mutwillig überschreiten, daß sie nicht stehlen – den Nächsten lieben wie sich

selbst! Auch in dem Gespräch um den Rang, den das Geld in unserem Denken und Leben spielt, handelt es sich also zuletzt um die Entscheidungsfrage, ob hier das Leben liegt oder nicht!

3. Damit aber fängt – zuletzt – der Stachel noch auf eine andere Weise an zu bohren, nämlich an der Lebensart, dem Lebensstil der heutigen Christenheit bei uns überhaupt. Selbstverständlich gönnt Jesus Christus, wie das Evangelium vielfach zeigt, seinen Leuten das tägliche Brot. Er hat ja auch Umgang mit nicht wenigen vermögenden Menschen. Aber ist diese Christenheit heute wohl in der Lage, etwas vom Leben Jesu, diesen seinen Maßstäben in unserer gegenwärtigen Gesellschaft zu vertreten, wo das Wirtschaftsdenken eine so ungeheuer dominierende Rolle spielt, daß ihm gegenüber fast alle anderen auch lebensnotwendigen Gesichtspunkte wie Umweltschutz, sparsames Umgehen mit den schmaler werdenden Rohstoffvorräten, oder Rücksicht auf die kommende Generation, verschwinden? Werden die Christen in Europa, dessen Sammlung uns doch wohl als Aufgabe gestellt ist, noch etwas anderes in diese europäische Einigung einbringen als eben dies, daß Europa aus der europäischen Wirtschaftsgemein-

schaft besteht, diesem Wirtschaftsgiganten, der in der übrigen Welt zugleich angesehen und ebenso gefürchtet ist? Es sind doch wirklich noch andere Wurzeln, aus denen Europa gewachsen ist, z. B. daraus, daß einmal ein Apostel Paulus nach Europa kam, um Jesus Christus als den Herrn und Meister des Lebens zu verkünden!

Ich weiß nun sehr wohl, daß aus der Geschichte von dem reichen Jüngling oder aus dem christlichen Glauben nicht so leicht eine andere, neue Wirtschaftsordnung gegenüber Kapitalismus oder Sozialismus zu entwickeln ist. Aber quer durch alles wirtschaftliche Denken hindurch kann christlicher Glaube ein anderes, neues Denken schaffen, das die Perspektiven und Maßstäbe nun wirklich anders setzt. Da kann dieser selbe Paulus von einer grandiosen wirtschaftlichen Freiheit reden: „Ich kann niedrig sein und kann hoch sein, ich kann beides, satt sein und hungern, beides, übrig haben und Mangel leiden. Ich vermag alles, durch den, der mich mächtig macht, Christus“ (Phil. 4,11–13). Und es wäre schon zu fragen, ob wir diese Sätze nicht zu sehr vergessen haben und darüber mitten in unserem Überfluß in eine immer unheimlicher werdende wirtschaftliche Knechtschaft geraten sind.

Gibt es denn nicht doch von der ältesten Christenheit an Zeichen eines solchen befreiten Umgangs mit den Lebensgütern, auf die gerade wir um unseres eigenen Lebens willen achten sollten? Da war der Begründer der Waldenser-Bewegung in Südfrankreich, der Kaufmann und Bankier Petrus Waldus, der von dieser unserer Geschichte

angerührt in aller Öffentlichkeit den Verzicht auf sein Vermögen bekannt gab und bei vielen eine Umwälzung im wirtschaftlichen Denken hervorgerufen hat. Und im Jubiläumsjahr des Heiligen Franz von Assisi vergessen wir nicht, daß auch er durch diese Geschichte zu einem Leben in unbefangener Armut inspiriert wurde, das viele reich gemacht hat. Eine Kirche der Armen, wie vielfach anderswo, sind wir in der Bundesrepublik Deutschland heute nicht. Dankbar nehmen wir teil an allem Wohlstand und können mit seiner Hilfe auch einen ausgedehnten sozialen Dienst tun. Aber Martin Luthers Erkenntnis bleibt doch auch wie ein Stachel, daß die Kirche unter Widerwärtigkeiten wächst, aber durch Wohlergehen unter allen Umständen in ihrer Kraft abnimmt! Die Freiheit und das Haushaltersein in Gottes Namen gegenüber Geld und Gut scheint es mir vor allem zu sein, was durch die Christen, wer und wo sie auch sind, verantwortlich vorgelebt werden will. Oder sind wir so angepaßt, so sehr Wetterfahne und nicht Kompaß, daß wir eben auch nichts anderes wissen und tun, als was alle Welt tut? Solche Gedanken stehen hinter den heute immer wieder erhobenen Rufen nach dem brüderlichen Teilen mit den bedürftigen Menschen in aller Welt. Vielleicht hat der ermordete amerikanische Pfarrer Martin-Luther King doch den Finger auf eine besonders wunde Stelle unseres heutigen gesellschaftlichen Lebens und Denkens gelegt, als er einmal sagte: „Wir werden in unserer Generation keinen Frieden finden, wenn wir nicht wieder lernen, daß niemand davon lebt, daß er viele Güter hat“.

Aus unserer Arbeit

Dollinger für Verantwortung der Kirche

Bonn: Der Stellvertretende Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU Dr. Werner Dollinger hat zu den Äußerungen des früheren West-Berliner

Bischofs D. Kurt Scharf auf dem hannoverschen Parrertag in Göttingen erklärt, Scharf habe recht, wenn er von der Mitschuld weiter Kreise der Bevölkerung am Terrorismus spreche. „Alle sollten sich prüfen, inwieweit sie sich schuldig gemacht haben, weil sie von Anfang an eine sympathische Zielvorstellung sahen oder an die Harmlosigkeit des Pro-

blems glauben wollten und zu viel Verständnis für diese Abwegigkeiten hatten“ sagte Dollinger weiter.

Es müsse aber auch festgehalten werden, meinte Dollinger, daß manch einer vielleicht von seinem verbrecherischen Tun abgehalten worden wäre, wenn „von berufener Seite mehr an christliche Gebote

und christliches Handeln erinnert worden wäre". Zu den Studentenunruhen sagte Dollinger, es habe zu viele Leute gegeben, die den Studenten sowohl vom Philosophischen als auch vom Praktischen her Schützenhilfe und Unterstützung gewährt hätten. In dieser Zeit seien die Christen und die Kirchen besonders berufen, die Verantwortung jedes einzelnen vor Gott und den Menschen klarzumachen.

Für klare Entscheidungen – gegen kirchliches Taktieren

Frankfurt: Mit der aktuellen Situation der Kirche befaßte sich der Evangelische Arbeitskreis der CDU Frankfurt auf einer öffentlichen Veranstaltung. Der Vorsitzende dieses Zusammenschlusses innerhalb der Unionsparteien, Arnulf Borsche (MdL), verwies in einer Presseerklärung auf die Zielsetzung des Arbeitskreises, wonach das Grundsatzgespräch mit den evangelischen Kirchen über gemeinsame politische Verantwortung der evangelischen Christen eine ständige Aufgabe sei, um Fragen zu klären und Standpunkte deutlich zu machen.

Dies gelte heute umso mehr, als vieles in der evangelischen Kirche – besonders auch in der von Hessen und Nassau – zumindest rätselhaft wäre. Borsche erinnerte in diesem Zusammenhang an eine lange Reihe von Ereignissen, die in weiten Kreisen von Kirchenmitgliedern auf Unverständnis gestoßen wären und Unmut und Unsicherheit zur Folge gehabt hätten. Am bisherigen Ende dieser Reihe hätte der vor wenigen Tagen berichtete Waffenfund in einem Schrank in der Fakultät für evangelische Theologie an der Universität Mainz gestanden; kurz vorher wäre eine umfangreiche Dokumentation über die politische Einseitigkeit der evangelischen Studentengemeinde Köln und deren Aktionsgemeinschaft mit linksextremen Gruppen bekannt geworden, die letztlich entsprechende Erfahrungen mit der Tätigkeit der evangelischen Studentengemeinde in Frankfurt aus früheren Jahren bestätigt hätte. In dieses Bild müsse auch einbezogen werden die verwirrende Haltung der Kirchenleitung in Darmstadt zur

Frage der Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in einer marxistisch-atheistisch geprägten Partei und der gleichzeitigen Wahrnehmung des Pfarramtes. Das Taktieren in dieser Frage habe in erschreckender Weise deutlich gemacht, in welchem Umfang die Kirche an „geistlichem Asthma“ leide, wie dies kürzlich ein Synodaler bezeichnet hat.

Auch die diffuse Haltung der evangelischen Kirche in Bildungsfragen müsse zu denken geben, sagte Borsche weiter. Es wäre schlicht unverständlich, daß die evangelische Kirche Hessens es widerspruchslos hinnähme, wenn in den Schulen des Landes das Fach Religionslehre kurz und verletzend dem gesellschaftspolitischen Unterrichtsbereich einverleibt werde. Mit solchen vermeintlich notwendigen Konzessionen an den vielbeschworenen Zeitgeist werde im Grunde nur eine bedauerenswerte Standortlosigkeit demonstriert.

Die Analyse der aktuellen Situation der evangelischen Kirche lasse es als vorrangige Aufgabe für alle evangelischen Christen erscheinen, durch ihr entschiedenes Auftreten innerhalb ihrer Kirche eine Neubesinnung herbeizuführen. Deshalb wolle der Evangelische Arbeitskreis der CDU verstärkt das Gespräch mit Vertretern der Kirche suchen und pflegen, um einen Beitrag zur richtungsweisenden Diskussion über die Grundfragen zu leisten.

EAK-Landestagung Rheinland

Neuss: In einem vielbeachteten Referat auf der diesjährigen Landestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Rheinland setzte sich Staatssekretär Prof. Dr. Roman Herzog, stellvertretender Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU, unter dem Thema „Die freie Gesellschaft – Alternative zum Sozialismus“ mit der gegenwärtigen politischen Situation in unserem Lande auseinander.

Zwar hatte Heinrich Köppler als Landesvorsitzender der CDU Rheinland in einem Grußwort auf die Bedeutung und Aufgabenstellung des Arbeitskreises hingewiesen. Anschließend zeigte EAK-Landesvorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose in

seinem Bericht verschiedene Positionen auf, die für die Zusammenarbeit des Evangelischen Arbeitskreises mit den Kirchen und ihren Einrichtungen von besonderer Bedeutung sind; dabei verwies er u. a. auf die regelmäßig stattfindenden Gespräche zwischen dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU Rheinland und der Rheinischen Landeskirche in der Evangelischen Akademie in Mülheim/Ruhr.

Darüber hinaus wurden im Plenum Fragen der Gesundheits- sowie der Erziehungspolitik diskutiert. Assessor Jörg Lauterbacher von der Deutschen Krankenhausgesellschaft sprach u. a. über Aufgaben der Gesundheitsvorsorge und über Auswirkungen des Kostendämpfungsgesetzes, und der Hamburger CDU-Bundestagsabgeordnete Volker Rühle analysierte kritisch die in sozialdemokratisch regierten Ländern durchgeführte Bildungspolitik.

EAK Baden für Grundsatzarbeit

Baden-Baden: Der Vorstand des EAK – Landesverbandes Baden hatte in seiner letzten Sitzung eine umfangreiche Tagesordnung zu bewältigen. Daraus sei Folgendes berichtet:

Der Vorstand begrüßte, daß in Heidelberg und Karlsruhe neue Vorstände gewählt worden waren und man eine Belebung der Arbeit in diesen Gebieten beabsichtigte. In Kürze wird sich auch im Raum Freiburg ein neuer Vorstand konstituieren.

Zum Grundsatzprogramm der CDU setzte der Vorstand einen Ausschuß ein. Zahlreiche Stellungnahmen aus dem Landesverband liegen bereits vor, weitere werden erwartet. Der Landesvorstand will daraus eine detaillierte Stellungnahme erarbeiten. Außerdem wurde ein Antrag an den Bundesvorstand beschlossen, ebenfalls einen Ausschuß zum Grundsatzprogramm einzusetzen und zum Bundespar-

teitag der CDU 1978 entsprechende Anträge vorzulegen.

Zum Grundsatzpapier „Familie in Staat und Gesellschaft“ der CDU in Baden-Württemberg beschloß der Vorstand eine Sondersitzung, bei der Anträge an den im Oktober stattfindenden Landesparteitag erarbeitet werden sollen.

Besprochen wurde die Planung von Großveranstaltungen zu Grundsatz-Fragen. Der EAK – Landesverband Württemberg hat einen Grundsatzkonkreß zum Thema „Mensch und Politik“ angeregt. Der EAK – Landesverband Baden bereitet eine Regionaltagung unter der Überschrift „Die Chance der Freiheit – Überwindung von Angst“ vor. Beide Veranstaltungen sollen 1978 stattfinden.

Ein Ausschuß des Vorstandes erarbeitet einen Modellkurs zu Fragen der weltanschaulichen und ideologischen Argumentation. Außerdem ist die Beteiligung an Seminaren des Bildungswerkes der Adenauer-Stiftung geplant.

Das Wagnis ist gelungen

Kreis Wesel: „Das Wagnis, beide Konfessionen in einer Partei zu integrieren, ist vollauf gelungen“. Dieses Fazit zog der Vorsitzende des evangelischen Arbeitskreises der CDU Kreis Wesel, Dr. Beisecker, auf der Jahreshauptversammlung in Büderich. Neben den Mitgliedern des Arbeitskreises begrüßte der Vorsitzende auch Bernhard Roßhoff und den stellvertretenden Kreisvorsitzenden, Werner Köhler.

Als Aufgabe für die Zukunft wird laut Beschluß der Versammlung neben der Weiterführung der Gespräche mit den Amtsträgern der evangelischen Kirche und der Unterrichtung der Mitglieder über wichtige politische Themen besondere Wichtigkeit den eigenen Aussagen über Probleme der Zeit beigemessen. Hierfür sollen Arbeitskreise gebildet werden. Vorgesehen sind Kreise für Energie und

Umwelt, Schulpolitik, Europapolitik und Strafrechtsreform. Ihre Arbeit werden die Arbeitskreise nach den Sommerferien aufnehmen.

Bei der anschließenden Wahl wurde Dr. Dieter Beisecker aus Moers zum Vorsitzenden ernannt. Stellvertreter sind Dr. Klaus König, Moers, Reiner Becherer, Wesel und Rudolf Schill, Dinslaken. Zur ersten Schriftführerin wurde Irmgard Süsselbeck, Dinslaken gewählt, ihre Stellvertreterin ist Marianne Thoma, Voerde.

Beisitzer sind Katharina Höchst, Schermbeck-Gahlen, Dr. Erich Isecke, Moers, Grete Heyermann, Moers, Ellen Göllmann, Voerde und Wolfgang Milthaler, Alpen.

In den Kreisverbandsausschuß wurden Dr. Beisecker und Dr. König gewählt. Vertreter sind Reiner Becherer und Dr. Erich Isecke. Einstimmig wurden Dr. Konrad Kraske, MdB und Günther Detert, MdL, als stimmberechtigte Mitglieder in den Vorstand berufen.

Das sozioethische Fundament unserer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik

Der Arbeitskreis für Gesellschafts- und Sozialpolitik im Bezirksverband Nürnberg-Fürth der CSU hat unter Vorsitz von Dr. Heinz Weber, der den Lesern der Evangelischen Verantwortung auch aufgrund seines Engagements in der kirchlichen Männerarbeit bekannt ist, Thesen zu einer sozial-ethisch fundierten Wirtschafts- und Sozialpolitik entwickelt, die wir im nachfolgenden zur Diskussion stellen. Im Falle kritischer Anfragen und Ergänzungen wenden sich unsere Leser bitte direkt an Dr. Heinz Weber, Siebenbürger Straße 30, 8500 Nürnberg. Mit diesen Thesen wird gleichzeitig an den Artikel von Dr. Jürgen Todenhöfer in der EV 10/11 1976 zum Thema „Plädoyer für eine Internationale Soziale Marktwirtschaft“ angeknüpft.

These 1:

Die Entwicklung der Menschheit hat mit der zunehmenden weltweiten Verflechtung der Völker bereits ein Stadium erreicht, in dem die wirtschaftlichen Schwierigkeiten einzelner Nationen nicht mehr isoliert betrachtet und gelöst werden

können. Fast jedes nationalwirtschaftliche Problem von einigem Gewicht hat weltwirtschaftliche Aspekte. Bemühungen, nationale Wohlstandinseln inmitten von mehr oder minder armen Ländern zu erhalten oder zu schaffen, sind angesichts dieser Entwicklung auf die Dauer zum Scheitern verurteilt.

These 2:

Die sozioethische Maxime, alle Menschen am wachsenden Wohlstand der von der Natur oder Geschichte begünstigten Nationen und Regionen in angemessener Weise teilhaben zu lassen, gewinnt deshalb eine immer größere Aktualität. Wird diese Maxime nicht aus ethischer Verpflichtung oder zumindest aus Einsicht verwirklicht, so werden die Wohlstandsländer über kurz oder lang und sicherlich nicht ohne große Opfer und Einbußen zur Anerkennung dieser Maxime gezwungen werden. Erste Anzeichen für eine solche Entwicklung sind bereits erkennbar (Bildung von Rohstoffkartellen, Versuch einer plan-

wirtschaftlichen Umgestaltung des bestehenden Weltwirtschaftssystems). Die Politiker der freien Welt, insbesondere aber diejenigen, die sich zu einer Politik aus christlicher Verantwortung für die Welt bekennen, haben die Verpflichtung, durch geeignete Maßnahmen dafür Sorge zu tragen, daß ein Klassenkampf auf Weltebene mit seinen katastrophalen Folgen für die ganze Menschheit vermieden wird.

These 3:

Die Industrieländer der freien Welt müssen die Entwicklungsländer nach den Grundsätzen einer sozialen Marktwirtschaft auf Weltebene an ihrem wirtschaftlichen und zivilisatorischen Fortschritt beteiligen. Dies kann auf doppeltem Wege erreicht werden: Einmal, indem die Industrieländer ihre Produkte zu möglichst niedrigen Preisen anbieten, zum anderen dadurch, daß sie die Entwicklungsländer durch entsprechende Kapital- und Ausbildungshilfen in die

Lage versetzen, Güter zu erzeugen und Leistungen zu erbringen, die auf dem Weltmarkt gefragt und konkurrenzfähig sind.

These 4:

Um die Produkte der Industrieländer der freien Welt auf dem Weltmarkt zu annehmbaren Preisen anbieten zu können, ist es notwendig, die Geldentwertungsrate so niedrig wie möglich zu halten und die Produktionskosten nicht unangemessen zu erhöhen. Dies erfordert von den am Produktionsprozeß beteiligten Gruppen einen vorübergehenden Verzicht auf größere Einkommenssteigerungen: Verringerung der Zuwachsraten sowohl bei der Kapitalverzinsung als auch bei den Löhnen. Die damit ermöglichte Ausweitung des Absatzes von Industriegütern trägt gleichzeitig zum Abbau der Arbeitslosigkeit

bei. Solidarität mit den Entwicklungsländern bedeutet also auch Solidarität mit den Arbeitslosen in den Industrieländern der freien Welt.

These 5:

Die Diskussion über die Möglichkeiten des Abbaus der Arbeitslosigkeit wird in den Industrieländern immer noch zu sehr unter dem Gesichtspunkt nationaler Interessen geführt:

a) Der Vorschlag, Arbeitslosigkeit durch Arbeitszeitverkürzung abzubauen, wird der Weltwirtschaftssituation nicht gerecht. Durch weitere Arbeitszeitverkürzung in den Industrieländern würden hochqualifizierte Arbeitskräfte und hochtechnisierte Produktionsanlagen teilweise brachgelegt, also Produktionsfaktoren nicht genutzt, die auf

Weltwirtschaftsebene knapp sind.

b) Der Vorschlag, die Zahl der Arbeitslosen durch Ausweitung der staatlichen Dienste zu vermindern, wird der gesamtwirtschaftlichen Situation auf Weltenebene ebenso wenig gerecht.

These 6:

Die Opferbereitschaft der Bevölkerung in Krisensituationen wird von Politikern, Wirtschafts- und Gewerkschaftsführern meist unterschätzt. Ein gemeinsames und unterschiedenes Bekenntnis zu Maßnahmen, die zur Lösung der schwierigen wirtschaftlichen Probleme auf National-, Kontinental- und Weltebene notwendig sind, würde bei der Mehrheit der Bevölkerung aller Voraussicht nach positiv aufgenommen werden.

Kurz notiert

Visser't Hooft bei „Brot für die Welt“-Eröffnung in Ulm

Der frühere Generalsekretär des Weltkirchenrates, Dr. Willem A. Visser't Hooft, wird am 24. November im Ulmer Münster die Festansprache bei der zentralen Eröffnungsveranstaltung zur 19. Aktion „Brot für die Welt“ halten. Unter anderen werden auch der Ratsvorsitzende der EKD, Landesbischof D. Helmut Claß (Stuttgart), und als Vertreter der evangelischen Freikirchen Bischof Hermann Sticher (Frankfurt) bei der Feierstunde mitwirken. Die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Marie Schlei, und der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Dr. Hans Filbinger, haben ihre Teilnahme zugesagt.

Mehr Frömmigkeit beim Kirchentag

Stärkere Betonung der Frömmigkeit haben übereinstimmend Dr. Heinz Zahrnt (Kiel), Präsidiumsmitglied des Deutschen Evangelischen

Kirchentags, und Kirchentagspfarrer Peter Mädél (Fulda) für die nächsten Kirchentreffen gefordert. Bei einer Tagung in der Evangelischen Akademie Iserlohn erklärte Zahrnt: „Wir müssen versuchen, den Querbalken des Kreuzes mit seinem Anspruch auf soziales kirchliches Engagement und den Längsbalken mit seiner Direktverbindung zwischen Gott und Menschen neu zu überdenken“.

Zahrnt wies darauf hin, daß der letzte Kirchentag in West-Berlin mit seinen 65 000 Besuchern eine „quantitative Steigerung wie vermutlich keine andere gesellschaftliche Institution zu verzeichnen hatte, daß damit allerdings auch organisatorische und Erlebnisgrenzen erreicht“ seien.

Auch nach Auffassung von Peter Mädél verdient die Dimension der Frömmigkeit innerhalb des Kirchengeschehens Vorrang: Berlin habe für die Gemeinden deutliche Hinweise darauf gegeben, daß die Bibelarbeit einer Intensivierung bedürfe. Mädél forderte, über das kirchliche Angebot an sozialem Engagement hinaus neue Formen persönlicher und gemeindlicher Frömmigkeit zu suchen.

„Angriffe auf den Religionsunterricht“ in Österreich

Einen „hochwertigen, interessanten und überzeugenden Religionsunterricht“ an den österreichischen Schulen wünscht sich der evangelische Bischof Oskar Sakrauský, Wien. Nur auf diese Weise, lasse sich in Österreich ein „Angriff der Jungsozialisten“ auf den ihrer Ansicht nach „partei-ideologischen Religionsunterricht“ abwehren.

Mangelndes staatsbürgerliches Selbstbewußtsein kritisiert

Für eine Wende in der Diskussion um den Terrorismus hat sich Landesbischof Prof. Dr. Hans-Wolfgang Heidland ausgesprochen. Bei einer Pressekonferenz in Karlsruhe betonte er, jetzt komme es darauf an, die Debatte positiv in eine Besinnung über den freien Rechtsstaat überzuleiten. In diesem Zusammenhang wies Heidland auch auf das mangelnde staatsbürgerliche Selbstbewußtsein vieler Bürger hin.

Leser- Brief

Die hier geäußerte Meinung
braucht nicht mit der Ansicht
des Herausgebers oder der
Redaktion übereinzustimmen.

Betr.: „Evangelische Verantwortung“
Heft 7-8/1977

Der Beitrag von Oberkirchenrat Erwin Wilkens „über den politischen Dienst der Evangelischen Kirche in Deutschland“ hat an den Dilemmata der sogenannten politischen Diakonie nichts geändert. Insbesondere ist es Wilkens nicht gelungen, eine einleuchtende theologische Begründung für diesen „politischen Dienst“ zu geben.

Wilkens stellt dankenswerterweise klar, daß es „eine Verständigung über theologisch begründete Politik in einem weltanschaulich neutralen Staat und in einer religiös pluralen Gesellschaft“ nicht geben könne. Theologisch begründete Politik ist aber etwas anderes als eine theologische Begründung für kirchliche Stellungnahmen zur Politik; und daran fehlt es entschieden. So ist es zu erklären, daß viele evangelische Christen seit geraumer Zeit über die politischen Aktivitäten kirchlicher Amtsträger irritiert sind.

Aus dem Verzicht auf eine theologisch einleuchtende Begründung ergibt sich nach Wilkens, daß der „politische Dienst“ der Kirche sich in den „allgemeinen Dialog“, gemeint: in die allgemeine politische Diskussion, einfügen und „auf eine vorrangige Verbindlichkeit verzichten“ müsse. Demnach wäre die Stimme der Kirche soviel wie die Stimme einer Partei, einer Gewerkschaft, des Beamtenbundes oder einer anderen beliebigen Organisation. Das ist eine zwielichtige Bescheidenheitsformel, mit der schon genug Unheil angerichtet worden ist. Sie dient dazu, die Kirchen der Notwendigkeit zu entheben, politische Stellungnahmen aus mehr als allgemeinen Vernunftgründen legitimieren zu müssen.

„Zwielichtig“ nenne ich diesen Bescheidenheitsgestus deshalb, weil er weiterhin erlaubt, zu allen möglichen Themen von der Ostpolitik bis zum Bau-Bodenrecht als „eine Stimme unter anderen“ Stellung zu nehmen und ins-

geheim darauf zu vertrauen, daß die Gläubigen diesen Äußerungen eine besondere Autorität zubilligen, was ganz selbstverständlich ist, solange die Kirche noch als eine Institution mit besonderem Wahrheitsanspruch gelten darf.

Ganz besonders wird dieses Problem an den Ausführungen über die kirchliche Ostdenkschrift deutlich. Daß Wilkens als seinerzeit Mitverantwortlicher die Denkschrift verteidigt, ist verständlich, nicht erträglich ist aber die dabei vorgenommene Retusche. Die Ostdenkschrift ist immer noch so viel wie ein Pfahl im Fleisch für alle Protestanten, die die Vaterlandsliebe und die Zugehörigkeit zur kirchlichen Gemeinschaft in einer Person vereinigen wollen. Sie haben nicht vergessen, wie sie von kirchlichen Amtsträgern moralisch disqualifiziert und in die politische Sünder-ecke gestellt worden sind. Daran hat sich offenbar nichts geändert. Die sogenannte politische Diakonie bekennt sich zum Mittel des Dialogs, ja sie neigt sogar dazu, diesen Begriff zu

Unsere Autoren:

D. Hermann Dietzfelbinger,
Landesbischof i. R.
Himmelreichstraße 4, 8000 München 22
Dr. Helmut Kohl, MdB
Bundeshaus
5300 Bonn
Paul Geißendörfer,
Landesjugendpfarrer
Stadtparkstraße 2-6, 8834 Pappenheim
Peter von der Heydt, MdB
Bundeshaus
5300 Bonn
Dr. Klaus Jürgen Laube, Pfarrer
Münsterkirchplatz 3, 4900 Herford
Dr. Hermann Weber
Siebenbürger Straße 30, 8500 Nürnberg

hypostasieren. Aber wenn es hart auf hart geht, wie hier bei der Ostdenkschrift, dann sind die Dialogpartner nur noch Leute, deren „politische Illusionen durch schöpferische Vernunft zu bekämpfen“ sind (Wilkens). Wie sich diese Überheblichkeit legitimiert, ist ungeklärt. Es muß festgehalten werden, daß die leitenden Organe der EKD gerade in dieser Angelegenheit keinen Dialog mit Andersdenkenden geführt, sondern die Veröffentlichung der Denkschrift als fait accompli inszeniert haben. Der für die Vertriebenenseelsorge zuständige Landesbischof Wester (Schleswig) ist vor allem aus diesem Grund seinerzeit zurückgetreten.

Ferner behauptet Wilkens, die Evangelische Kirche habe „die Ostdenkschrift von Anfang an weder als eine politische Aktion, noch als ein verbindliches Prophetenwort, sondern als einen

seelsorgerlichen Dienst betrachtet“. Das erste ist ungläubwürdig, das zweite schlicht unwahr. Derjenige, der die Leitungsorgane der EKD für so naiv hält, daß sie nicht bereits vor der Veröffentlichung gewußt hätten, daß es sich sogar um eine außerordentlich wichtige politische Aktion handelte, müßte wohl noch gefunden werden. Und was den hier gelegneten Prophetenanspruch angeht, so wird Wilkens durch niemand anderen als den seinerzeitigen Ratsvorsitzenden der EKD, Bischof Scharf, widerlegt, der genau in diesem Zusammenhang ausgeführt hat:

„Wenn die Kirche zu Fragen des öffentlichen Lebens redet, zu kulturellen, zu moralischen oder gar zu politischen Fragen, dann nimmt sie, wie wir Theologen das nennen, das prophetische Amt Jesu Christi wahr, das prophetische Amt der Kirche, das prophetische Amt der Heiligen Schrift ... Wir reden im Namen Gottes, wir reden im Namen Jesu Christi, wir reden aufgrund der Grundsätze und Forderungen, der Gebote und Zusagen, die die Heilige Schrift im Alten und Neuen Testament enthält, und sonst dürfen wir nicht reden“ (Scharf am 5. August 1966 im Sender RIAS Berlin).

Hier gibt es nur drei Möglichkeiten:

1. Wilkens hat mit dem, was er zum „politischen Dienst“ der Kirche ausgeführt hat, im Grundsatz Recht, auch wenn es nicht logisch befriedigend ist (s. o.). Dann vertritt Scharf eine Irrlehre.
2. Scharf hat Recht. Dann können nur diejenigen „richtige“ evangelische Christen sein, die dieses prophetische Amt der Kirche, besser: ein kirchliches Lehramt, in politischen Fragen anerkennen.
3. Beide haben Unrecht. Dann könnte es in diesem konkreten Fall nur Aufgabe der Kirche gewesen sein, Grundsätze zu verkünden, die sich zweifelsfrei theologisch begründen lassen wie etwa die Aufgabe der Versöhnung. Letzteres scheint mir allein legitim und richtig zu sein. Es müßte ein Ziel der Kirche sein, der Theologie eine bedeutendere Stellung im öffentlichen Leben zu verschaffen und nicht umgekehrt in einen politischen Aktivismus und politische Morallehren zu flüchten, weil man der Theologie keine öffentliche Wirksamkeit mehr zutraut.

Dr. Hartmut Müller-Kinet
Neuer Weg 43
6000 Frankfurt/Main 60

Evangelische Verantwortung — Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU. Herausgeber: Dr. Gerhard Schröder, MdB; Dr. Werner Dollinger, MdB; Kultusminister Prof. D. Wilhelm Hahn, MdL; Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg, MdL. Redaktion: Dr. Peter Egen, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (0 22 21) 54 43 06. Verlag: Union-Betriebs-GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Abonnementspreis vierteljährlich 4 DM. Einzelpreis 1,50 DM. Konto: EAK — Postcheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267. Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf. Abdruck kostenlos gestattet — Belegexemplar erbeten.